

„Gewisse Themen müssen vom Vorsitzenden des Wirtschaftsausschusses angesprochen werden“, Dr. Peter Ramsauer bei der Arbeitsgemeinschaft Mittelstand

Während des Parlamentarischen Abends der AG Mittelstand führte Dr. Ramsauer, Vorsitzender des Ausschusses für Wirtschaft und Energie im Deutschen Bundestag, vor rund 250 geladenen Gästen aus Politik und Wirtschaft aus, dass Deutschland verschiedensten exogenen und endogenen Faktoren ausgesetzt sei, die Einfluss auf die Wettbewerbsfähigkeit hätten.

Exogene Gründe seien die niedrigen Zinsen, die Euroschwäche und der niedrige Ölpreis. In Bezug auf die von der EU zum Teil stark kritisierten deutschen Außenhandelsüberschüsse fand Ramsauer klare Worte: „Es ist ein völliger Irrtum zu glauben, dass man den Schwächsten stärkt, indem man den Stärksten schwächt.“

Geringe Reinvestitionsrate in Deutschland

Der Parlamentarier betonte, Deutschland brauche mehr Investitionen, auch aus der privaten Wirtschaft. Andernfalls drohe uns ein Modernitätsverlust.

Deutlich positionierte er sich auch in Bezug auf das für den deutschen Mittelstand wichtige Thema Erbschaftssteuerreform. Das Urteil des Bundesverfassungsgerichts aus dem vergangenen Jahr sei keine Grundsatzkritik und daher auch anders auslegbar. Keinesfalls dürfe die Unternehmensnachfolge an der Erbschaftssteuer scheitern. Eine doppelte und damit höhere Belastung von Bürgern, die einer unternehmerischen Verpflichtung nachgingen, lehnte er vehement ab.

Mit seiner entschiedenen Meinung zu der Energiewende hielt Ramsauer nicht hinter dem Berg. Neben dem hastigen Ausstieg aus der Kernenergie zugleich den Ausstieg aus der Braunkohleenergie zu bewältigen, sei fatal für die deutsche Wirtschaft.

In der anschließenden Podiumsdiskussion mit dem Präsidenten des Bundesverbandes der Deutschen Raiffeisenbanken, Uwe Fröhlich, und dem Präsidenten des Zentralverbandes des Deutschen Handwerks, Peter Wollseifer, wurde die Zinspolitik der Europäischen Zentralbank (EZB) bemängelt.

Die beiden Präsidenten kritisierten die Rahmenbedingungen für mittelständische Unternehmen in Deutschland. Durch den Anfang dieses Jahres eingeführten Mindestlohn litten diese erheblich unter Bürokratielasten. Eine Kreditklemme sei bei den mittelständischen Unternehmen derzeit nicht zu spüren, dafür umso mehr die zunehmende Schwäche der Infrastruktur.

Die Arbeitsgemeinschaft Mittelstand: Jahresmittelstandsbericht

Neben dem BGA kooperieren weitere neun Verbände in der Arbeitsgemeinschaft Mittelstand. Unter dem Titel „Unternehmertum stärken – Wohlstand sichern“ hat die Arbeitsgemeinschaft Mittelstand ihren Jahresmittelstandsbericht 2015 vorgelegt mit zentralen Forderungen an die Politik. Neben einer mittelstandsgerechten Neuregelung der Erbschaftssteuer und besserer Rahmenbedingungen für private Investitionen, bedarf es der Fachkräftesicherung, einer rechtsform- und finanzierungsneutralen Besteuerung, den Abbau unnötiger Bürokratie und einer verlässlichen Energiepolitik. Zudem benötigt der Mittelstand mehr Investitionen in die öffentliche Infrastruktur.

Ein Schwerpunkt des Jahresmittelstandsberichtes liegt auf der Stärkung des Unternehmertums in Deutschland. Der demographische Wandel betrifft alle Gesellschaftsgruppen – auch die Unternehmer: Die Altersgruppe der 25- bis 45-Jährigen, aus der heraus die meisten Unternehmensgründungen erfolgen, wird kleiner. Die zurückgehende Gründungsdynamik gefährdet die wirtschaftliche Leistungskraft Deutschlands. Dem will die Arbeitsgemeinschaft Mittel-

stand entgegenwirken. Alle gesellschaftlichen Akteure sind gefordert, zu mehr Wertschätzung für die Leistungen von Unternehmern beizutragen. Dazu gehört insbesondere, im Bildungswesen die Vermittlung unternehmerischer Kompetenzen zu verstärken.

[Kim Cheng]

BGA AKTUELL

BGA: TTIP für das Wirtschaftswachstum von morgen!

„Das Wirtschaftswachstum in Deutschland fällt enttäuschend aus, ist aber auch kein Untergang. Schwächen am Standort und im globalen Handel bremsen die Fahrt ab und zeigen den Handlungsbedarf zum Erhalt der Wettbewerbsfähigkeit. Neben dem erfolgreichen Konsolidierungskurs brauchen wir mehr Investitionen in die Infrastruktur und Anreize für die wirtschaftliche Modernisierung.“ Dies erklärte BGA-Präsident Anton F. Börner, zum vom Statistischen Bundesamt veröffentlichten Wirtschaftswachstum. Danach hat die deutsche Wirtschaft im ersten Quartal 2015 ein reales Wachstum von 0,3 Prozent nach 0,7 Prozent im Vorquartal erwirtschaftet.

„Neben Investitionen am Standort brauchen wir auch gesicherte Märkte für das Wachstum von morgen. Vor diesem Hintergrund bedauern wir die Ablehnung der Demokraten für ein beschleunigtes Verhandlungsmandat bei TTIP für den US-amerikanischen Präsidenten Obama wegen einer vermeintlichen Schwächung der US-Wirtschaft durch europäischen Wettbewerb. Dies zeigt, dass wir uns mehr um das Miteinander im Wettbewerb kümmern und dazu unberechtigte Vorbehalte und unzutreffende Behauptungen abbauen müssen, damit sich die Vorteile von hürdenfreiem Handel für Wohlstand, Wachstum und Beschäftigung beiderseits des Atlantiks voll entfalten können. Wir appellieren, dass unsere amerikanischen Partner zügig die Weichen für eine Einigung stellen, damit der Weg zu einem TTIP-Abschluss frei bleibt“, so Börner abschließend.

① BGA-Pressemitteilung vom 13. Mai 2015

METRO GROUP, HDE und BGA starten neue Unterrichtsplattform zu Themen des Handels

Die METRO GROUP, der Handelsverband Deutschland (HDE) und der Bundesverband Großhandel, Außenhandel, Dienstleistungen (BGA) haben erstmals eine Onlineplattform für

umfassende Unterrichtsmaterialien zum Thema Handel ins Leben gerufen. Unter dem Link www.handel-erklart.de finden Lehrer der weiterführenden Schulen und Berufsschulen ab sofort werbefreie, didaktisch aufbereitete Unterrichtsinhalte zu verschiedenen Aspekten des Handels für die Fächer Wirtschaft, Politik und Sozialkunde. Aktuelle, regelmäßig wechselnde Top-Themen wie beispielsweise die Rückverfolgbarkeit von Lebensmitteln runden das Angebot ab.

Der Handel ist ein elementarer Teil des täglichen Lebens mit europaweit mehr als 33 Millionen Beschäftigten. In Deutschland bietet der Handel im Vergleich überproportional viele Ausbildungsplätze an. Rund 220.000 Auszubildende lernen aktuell einen Handelsberuf. Unternehmen wie die METRO GROUP engagieren sich gemeinsam mit dem HDE und dem BGA nachhaltig für Bildung. Sie haben die Plattform „Handel erklärt“ ins Leben gerufen, um mehr junge Menschen für den Handel zu begeistern und zu gewinnen.

① Das neue Onlineportal finden Sie unter folgendem Link:

www.handel-erklart.de

① Pressemitteilung von METRO GROUP, HDE und BGA (Auszug) vom 20. Mai 2015

AGA Unternehmensverband:– Wachsende Bürokratie und schlechte Verkehrsinfrastruktur belasten die Unternehmen

Nach einem Umsatzplus von 0,9 Prozent im letzten Quartal 2014 sank der Umsatz im Groß- und Außenhandel im ersten Quartal 2015 um 2,3 Prozent. Der AGA-Indikator fiel um fast 10 Punkte auf 105,8 Punkte. Das ist das Ergebnis des AGA-Wirtschaftstests. „Trotz der mäßigen Bilanz schaut die Wirtschaftsstufe optimistisch in die Zukunft.“, sagte Dr. Hans Fabian Kruse, Präsident des AGA Unternehmensverbandes, auf der AGA-Pressekonferenz in Hamburg.

Die Unternehmen in Norddeutschland stellen den Straßen, Schienen- und Wasserwegen ein schlechtes Zeugnis aus: 37 Prozent der Betriebe beurteilen den Zustand als mangelhaft oder ungenügend, 56 Prozent als befriedigend oder ausreichend. „Es muss etwas geschehen. Denn ein ‚Weiter so‘ wird Deutschland in seiner Konkurrenzfähigkeit weiter zurückwerfen“, sagte Dr. Kruse.

Der AGA einen „6-Punkte-Forderungskatalog“ zur Entbürokratisierung aufgestellt, der u. a. die schnellstmögliche Einführung der „One in, one out“-Regelung, die Umsetzung des

Eckpunktepapiers des Bundeswirtschaftsministers aus dem November 2014, einen konkreten Zeitplan dafür sowie die Einführung eines Verfallsdatums für Gesetze beinhaltet.

Befragt zu den Auswirkungen des Mindestlohngesetzes, sagen 76 Prozent der Unternehmen, dass das Gesetz entweder schlecht gemacht oder ganz falsch sei, weil es die Bürokratielast erhöhe. „Das Gesetz und die entsprechenden Verordnungen müssen gerade im Hinblick auf die Dokumentationspflichten vereinfacht werden. Die Unsicherheit, die bei vielen Unternehmen wegen der sogenannten Durchgriffshaftung herrscht, ist ein unhaltbarer Zustand. Auch hier besteht Handlungsbedarf“, sagte AGA-Hautgeschäftsführer Volker Tschirch.

① Pressemitteilung vom AGA-Unternehmensverband (Auszug) vom 19. Mai 2015

STEUERN

Frohe Botschaft für die Steuerzahler – Hoffnung auf eine Steuerentlastung

Die Steuereinnahmen werden 2015 und in den folgenden Jahren erneut kräftig höher ausfallen, als erwartet. Nach der aktuellen Steuerschätzung vom 7. Mai 2015 beträgt das Plus für die Jahre 2015 bis 2019 für Bund, Länder und Gemeinden insgesamt 38 Milliarden Euro, davon allein 6,3 Milliarden Euro in diesem Jahr. Die Steuereinnahmen wurden für 2015 auf damit 666,5 Milliarden Euro nach oben korrigiert, davon entfallen 280,3 Milliarden Euro auf den Bund, 263,6 Milliarden Euro auf die Länder, 91,3 auf die Kommunen und 32,3 auf die EU.

Die Politik zeigt nun Einsicht und will die Steuerzahler an den Früchten sprudelnder Steuern beteiligen. Nachdem in den vergangenen Jahren eifrig Kasse gemacht wurde, will Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble die Mehreinnahmen nutzen, um das Problem der sog. kalten Progression anzugehen. Zum 1. Januar 2016 soll die Einkommensteuer korrigiert werden. Unterstützung findet der Vorschlag bei Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel und Bundeswirtschaftsminister Sigmar Gabriel. Der Steuertarif soll in Höhe der Preissteigerung der beiden zurückliegenden Jahre verschoben werden. Damit würden die Steuersätze erst bei höheren Einkommen greifen und die Steuerzahler dadurch um 1,5 Milliarden Euro entlastet.

Voraussetzung ist, dass nicht nur die Bundespolitik, sondern auch die Länder mitmachen. Die Bewertung „Die Botschaft vernehme ich wohl, allein mir fehlt der Glaube!“ ist daher nicht völlig von der Hand zu weisen. In den vergangenen Jahren hat der Bürger den Staat über Steuern, Beiträge und Gebühren immer mehr gegeben und hat davon nichts zurückbekommen. Neben der Anpassung von Kindergeldleistungen würde nun damit eine langjährig angemahnte Anpassung der Einkommensteuer erfolgen. Doch auch die Kritiker und Bedenkenräger formieren sich, indem die Steuerprognose in Frage gestellt, die Spielräume relativiert oder Mehrausgaben für öffentliche Investitionen und Flüchtlinge ins Feld geführt werden. Der BGA wird zumindest die Politik darin unterstützen, ein steuerliches Signal für die Steuerzahler zu setzen und einen längst angemahnten steuerlichen Schritt nun anzugehen.

[Michael Alber]

AUSSENHANDEL

Konstituierende Sitzung des BGA-Arbeitskreises Zoll

Die Auftaktsitzung des neuen Arbeitskreises Zoll fand am 30. April 2015 unter der Leitung von Marcus Schwenke, Abteilungsleiter Import (Handelspolitik und Zollrecht), in der BGA-Geschäftsstelle statt. Der erste Sitzungsteil war dem internen Austausch vorbehalten, um das Konzept des Arbeitskreises zu konkretisieren. Vertreter verschiedenster Branchen suchten den Austausch über ein breites Themenspektrum, das künftig von dem regelmäßig stattfindenden Arbeitskreis behandelt werden soll. Besonders oft genannt wurden insbesondere die Bereiche Einreihung von Waren, Zollaussetzungen, Zollwertrecht, Antidumping und das Ursprungsrecht. In den Beiträgen der Teilnehmer kamen besonders unternehmensspezifische Erfahrungswerte zum Tragen, die den Mehrwert eines solchen branchenübergreifenden Dialogs unterstrichen. Im zweiten Teil referierte der renommierte Zollrechtsexperte Dr. Lothar Harings von der Wirtschaftskanzlei Graf von Westphalen / Hamburger Zollakademie über den neuen Unionszollkodex. Die zweite Sitzung des Arbeitskreises Zoll ist für den 4. November 2015 in Hamburg geplant.

① Für weitere Fragen wenden Sie sich bitte an Marcus Schwenke, Abteilungsleiter Import. Telefon: 030 59 00 99-594, E-Mail: Marcus.Schwenke@bga.de.

Praxis-Workshop zur EU- Holzhandelsverordnung - Hoher Nutzwert von Informationen für die Teilnehmer

Auf sehr reges Interesse bei den Teilnehmern des deutschen Holzsektors stieß der Praxis-Workshop zur EU-Holzhandelsverordnung (European Timber Regulation, EUTR) am 23. April 2015 in Bonn, zu dem das Import Promotion Desk (IPD), Dienstleister zur Importförderung, aufgrund starker Nachfrage erneut eingeladen hatte.

Unterstützt wurde das IPD bei der Organisation des Workshops von der Fairventures Worldwide FVW gGmbH. In der Ganztagsveranstaltung ging es um die Grundlagen der EUTR, die praktische Umsetzung dieser seit März 2013 geltenden EU-Verordnung und den gegenseitigen Erfahrungsaustausch.

„Ist der Import von Büchern von der EU-Holzhandelsverordnung betroffen?“ – mit dieser provokanten Frage startete Juliane Lemcke, Referentin des Workshops und IPD-Expertin für Technisches Holz, den Workshop. Damit wurde gleich zu Beginn deutlich, wie weit die Vorgaben der EUTR reichen können. Die komplexe Verordnung betrifft zwar nicht den Import von Druckerzeugnissen – wohl aber das Papier, aus dem sie hergestellt werden. Dass die EUTR die verschiedensten Bereiche betrifft, zeichnete sich auch in der heterogenen Zusammensetzung der Teilnehmer ab. So waren nicht nur die klassischen Holzimporteure vertreten, sondern auch Zertifizierer, Einkaufsgesellschaften, Papierproduzenten und der Einzelhandel.

Die EU-Holzhandelsverordnung ist zwei Jahre nach ihrer Einführung zwar vielen Unternehmen bekannt. Aufgrund von Informationsmangel herrscht jedoch bei noch vielen Unternehmen Unsicherheit in der praktischen Umsetzung, der Bedarf nach validen Praxisinformationen ist groß.

Um diese Lücken zu schließen, vermittelte Juliane Lemcke zunächst einige Grundlagen zur EUTR und lieferte hierbei nützliches Hintergrundwissen sowie wertvolle Anwendungstipps. Am Nachmittag erläuterte Jörg Appel von der Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung (BLE), wie Prüfungen durch die BLE ablaufen, welche Vorschriften eingehalten werden müssen und bei welchem Verhalten Sanktionen drohen.

Die Teilnehmer betonten einstimmig, dass der Workshop ein gutes Forum des Austauschs und der Information bietet. Ebenso informativ und hilfreich bei der Umsetzung bewerteten die Teilnehmer auch den EUTR-Leitfaden, den das IPD in Zusammenarbeit mit Juliane Lemcke und anderen Partnern erstellt hat und einen kompakten Überblick über die Rechtspflichten liefert. Zudem wurde einstimmig von den Unternehmen der Wunsch nach einer regelmäßigen Plattform geäußert, die Unternehmen ermöglicht, ihre Probleme und konkreten Fragen direkt an Experten und vor allem an die Kontrollbehörde, der Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung (BLE), zu richten.

teten die Teilnehmer auch den EUTR-Leitfaden, den das IPD in Zusammenarbeit mit Juliane Lemcke und anderen Partnern erstellt hat und einen kompakten Überblick über die Rechtspflichten liefert. Zudem wurde einstimmig von den Unternehmen der Wunsch nach einer regelmäßigen Plattform geäußert, die Unternehmen ermöglicht, ihre Probleme und konkreten Fragen direkt an Experten und vor allem an die Kontrollbehörde, der Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung (BLE), zu richten.

① Der EUTR-Leitfaden ist unter folgendem Link abrufbar:
www.ixpos.de/ipd-publikationen

[Anna Peter]

VERKEHR

Seeverkehrsatlas: Deutschland empfängt die meisten Güter aus Russland

Deutschland empfing 2014 die meisten Güter über den Seeweg aus der Russischen Föderation (20,9 Millionen Tonnen), gefolgt von Norwegen (19,9 Millionen Tonnen), China (15,4 Millionen Tonnen), Schweden (13,7 Millionen Tonnen), Großbritannien (11,9 Millionen Tonnen) und Finnland (10,3 Millionen Tonnen). Diese und weitere Ergebnisse präsentiert der neue Online-Seeverkehrsatlas des Statistischen Bundesamtes in einer kartografischen Darstellung.

① Pressemitteilung Destatis (Auszug) vom 18. Mai 2015

Zitat der Woche

»Der CDU-Wirtschaftsrat steht am Spielfeldrand, findet alles zu ökologisch, findet alles zu sozial – und wundert sich, warum er nicht mit-spielen darf.«

Sigmar Gabriel, Bundeswirtschaftsminister (SPD)

Impressum

Herausgeber: Bundesverband Großhandel, Außenhandel, Dienstleistungen e.V. | 10873 Berlin
Telefon: 030 590099-50 | Telefax 030 590099-519
info@bga.de | www.bga.de

Chefredaktion und V.i.S.d.P.: André Schwarz
Redaktion: Iris von Rottenburg
(in Zusammenarbeit mit den BGA-Fachabteilungen und den BGA-Mitgliedsunternehmen)

Redaktionsschluss: 20. Mai 2015
»DIREKT AUS BERLIN« erscheint wöchentlich